

Synopsis:

Mögliche Neuregelung der **stadträtlichen Kommissionen** in der Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998

Hinweise:

Der Vorschlag enthält eine neue Systematik des 5. Abschnitts des 6. Kapitels.

Die erste Spalte enthält Vorschläge für eine schlankere Neuregelung, die zweite Spalte Vorschläge für eine „Minimalvariante“, die dritte Spalte die entsprechende Regelung in der geltenden GO. Die neuen Vorschläge werden in der vierten Spalte erläutert.

Die Änderungen ausserhalb des 5. Abschnitts des 6. Kapitels (Art. 56 und 135b GO) sind **fett und kursiv** hervorgehoben.

Die Synopsis war in ihrer ursprünglichen Form dem Papier Ueli Friederich „Entschlackung der Gemeindeordnung (GO) bezüglich Kommissionswesen“ vom 30. März 2020 beigelegt. Sie ist im Anschluss an die Videokonferenz der SoKo NSB22 vom 23. April 2020 und der Sitzung der SoKo vom 2. Juli 2020 angepasst worden. Änderungen gegenüber der ursprünglichen Fassung vom 30. März 2020 sind **gelb** hinterlegt.

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
5. Kapitel: Stadtrat	5. Kapitel: Stadtrat	5. Kapitel: Stadtrat	
(...)	(...)	(...)	
3. Abschnitt: Zuständigkeiten	3. Abschnitt: Zuständigkeiten	3. Abschnitt: Zuständigkeiten	
(...)	(...)	(...)	
Art. 56 Aufsicht über die Stadtverwaltung ¹ Der Stadtrat führt die Oberaufsicht über die Stadtverwaltung. ² Für die Wahrnehmung seiner Aufsicht verfügt der Stadtrat namentlich über folgende Mittel: a. Diskussion der Legislaturrichtlinien und des Finanzplans; b. Beschluss über den Jahresbericht; c. parlamentarische Vorstösse;	Art. 56 Aufsicht über die Stadtverwaltung ¹ Der Stadtrat führt die Oberaufsicht über die Stadtverwaltung. ² Für die Wahrnehmung seiner Aufsicht verfügt der Stadtrat namentlich über folgende Mittel: a. Diskussion der Legislaturrichtlinien und des Finanzplans; b. Beschluss über den Jahresbericht; c. parlamentarische Vorstösse; d. Überwachung der Verwaltung durch die dafür zuständigen Kommissionen ;	Art. 56 Aufsicht über die Stadtverwaltung ¹ Der Stadtrat führt die Oberaufsicht über die Stadtverwaltung. ² Für die Wahrnehmung seiner Aufsicht verfügt der Stadtrat namentlich über folgende Mittel: a. Diskussion der Legislaturrichtlinien und des Finanzplans; b. Beschluss über den Jahresbericht; c. parlamentarische Vorstösse; d. Überwachung der Verwaltung durch die Budget- und Aufsichtskommission;	Die Bezeichnung der Kommission in Absatz 2 Buchstabe d als „Budget- und Aufsichtskommission“ ist überholt; die Kommission heisst heute Aufsichtskommission . Die Anpassung dürfte anlässlich der Teilrevision vom 17. Mai 2009 versehentlich unterlassen worden sein. Mit der neuen schlanken und neutralen Regelung werden aber alle stadträtlichen Kommissionen mit Ausnahme der parlamentarischen Untersuchungskommission und damit auch die Kommissionen mit Aufsichtsfunktion in der GO selbst nur noch in allgemeiner Form erwähnt (vgl. Erläuterungen zu Art. 71). Die Formulierung im Plural („die dafür zuständigen Kommissionen“) schliesst nicht aus, dass mit der Aufsicht eine einzige Kommission betraut wird (vgl. Art. 71 Abs. 1 Bst. a).

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
<p>d. Überwachung der Verwaltung durch die dafür zuständigen Kommissionen;</p> <p>e. Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission oder einer andern nichtständigen Kommission).</p> <p>³ Beschlüsse des Gemeinderats oder von Verwaltungsstellen können vom Stadtrat nicht aufgehoben werden.</p>	<p>e. Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission oder einer andern nichtständigen Kommission).</p> <p>³ Beschlüsse des Gemeinderats oder von Verwaltungsstellen können vom Stadtrat nicht aufgehoben werden.</p>	<p>e. Einsetzung einer nichtständigen Kommission oder einer parlamentarischen Untersuchungskommission.</p> <p>³ Beschlüsse des Gemeinderats oder von Verwaltungsstellen können vom Stadtrat nicht aufgehoben werden.</p>	<p>Auch die parlamentarische Untersuchungskommission nach Absatz 2 Buchstabe e ist, obwohl in der GO gesetzlich geregelt, eine nichtständige Kommission im Sinn von Artikel 29 des Gemeindegesetzes vom 16. März 1998. Der bisherigen Formulierung müsste an sich etwas anderes entnommen werden. Sie wird entsprechend präzisiert. Da die Aufzählung der Aufsichtsmittel in Absatz 2 ohnehin nicht abschliessend ist („namentlich“), könnte erwogen werden, auf die Erwähnung anderer nichtständiger Kommissionen überhaupt zu verzichten. Dies bedeutete allerdings eine (geringfügige) materielle Änderung gegenüber dem geltenden Recht.</p>
(...)		(...)	
6. Abschnitt: Kommissionen	6. Abschnitt: Kommissionen	6. Abschnitt: Vorberatende Kommissionen	<p>Der bisherige Titel „vorberatende Kommissionen“ ist zu eng formuliert. Soweit Kommissionen ausschliesslich oder vorwiegend Aufsichtsfunktionen wahrnehmen, sind sie keine vorberatenden Kommissionen im eigentlichen Sinn (vgl. auch Erläuterungen zu Art. 71).</p> <p>Der allgemeine Begriff „Kommissionen“ umfasst zwar an sich auch die im 7. Abschnitt geregelte parlamentarische Untersuchungskommission. Auf eine ausdrückliche Präzisierung, dass der 6. Abschnitt die stadträtlichen Kommissionen mit Ausnahme der PUK regelt, kann aber verzichtet werden. Die Abschnittstitel werden richtigerweise knapp formuliert. Sie werden so zu lesen sein, dass der 6. Abschnitt die Kommissionen im Rahmen des „courant normal“ und der 7. Abschnitt die PUK für ausserordentliche Situationen regelt.</p>
<p>Art. 71 Grundsatz</p> <p>¹ Der Rat bestellt aus seiner Mitte</p> <p>a. eine oder mehrere ständige Kommissionen für die</p>	<p>Art. 71 Grundsatz</p> <p>Der Rat bestellt aus seiner Mitte</p> <p>a. eine oder mehrere ständige Kommissionen für die Wahrnehmung der parlamentarischen Aufsicht (Aufsichtskommissionen);</p>	<p>Art. 71 Grundsätze</p> <p>¹ Für die Vorbereitung der Ratsgeschäfte und für weitere Aufgaben bestellt der Rat aus seiner Mitte ständige und nichtständige Kommissionen.</p>	<p>Der neue Artikel 71 gemäss der Variante „schlank“ enthält wie der bisherige Artikel grundsätzliche Bestimmungen, beschränkt sich aber auf das, was stufengerecht in der GO zu regeln ist. Die Regelung umfasst namentlich die Grundsätze gemäss den heutigen Absätzen 1 und 6.</p>

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
<p>Wahrnehmung der parlamentarischen Aufsicht (Aufsichtskommissionen);</p> <p>b. vorberatende Kommissionen für die Vorbereitung der Ratsgeschäfte.</p> <p>² Er regelt die Einzelheiten in der Geschäftsordnung. Er regelt namentlich</p> <p>a. die Mitgliederzahl oder deren Rahmen, die Zuständigkeiten und die Organisation der ständigen Kommissionen;</p> <p>b. die Möglichkeit der Kommissionen, Ausschüssen oder einzelnen Kommissionsmitgliedern selbständige Entscheidungsbefugnisse zu übertragen;</p> <p>c. die Möglichkeit der Kommissionen, parlamentarische Vorstösse einzureichen;</p> <p>d. die Zusammenarbeit der Kommissionen und das Zusammenwirken mit dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung;</p> <p>e. soweit erforderlich die Einsetzung nichtständiger Kommissionen.</p>	<p>b. ständige oder nichtständige vorberatende Kommissionen für die Vorbereitung der Ratsgeschäfte.</p>	<p>² Ständige vorberatende Kommissionen sind die Aufsichtskommission, die Sachkommissionen, die Agglomerationskommission und die Finanzdelegation.</p> <p>³ Der Rat kann nach Bedarf für bestimmte Geschäfte nichtständige Kommissionen einsetzen.</p> <p>⁴ Die Kommissionen sind zur Zusammenarbeit verpflichtet und unterstützen sich gegenseitig in ihrer Arbeit.</p> <p>⁵ Die Aufsichtskommission, die Sachkommissionen und die Agglomerationskommission können Ausschüsse bilden.</p> <p>⁶ Die Geschäftsordnung des Stadtrats regelt die Einzelheiten.</p>	<p>Artikel 71 unterscheidet im Gegensatz zur heutigen Regelung (vgl. geltender Abs. 2) zwischen Kommissionen mit Aufsichtsfunktion (Aufsichtskommissionen) einerseits und vorberatenden Kommissionen andererseits. Wie der Umschreibung in Absatz 1 Buchstabe a zu entnehmen ist, ist der Begriff „Aufsichtskommission“ in diesem Zusammenhang als Sachbezeichnung zu verstehen. Er meint somit nicht eine ganz bestimmte Kommission wie z.B. die heutige so bezeichnete Aufsichtskommission. Der Stadtrat wird die konkreten Kommissionen im GRSR zu benennen haben.</p> <p>Soweit die Kommissionen mit Aufsichtsfunktion ihre „Kernaufgabe“ der parlamentarischen Oberaufsicht (vgl. Art. 74) wahrnehmen, sind sie nicht vorberatende Kommission. Der Stadtrat kann ihnen aber auch vorberatende Aufgaben, d.h. die Vorbereitung von Stadtratsgeschäften zuweisen. Die GO legt sich in diesem Punkt nicht fest, sondern überlässt den entsprechenden Entscheid dem Stadtrat bzw. dem GRSR (Abs. 2 Bst. a). Das GRSR weist der heutigen Aufsichtskommission weitere, in der GO nicht erwähnte Aufgaben zu, namentlich im Zusammenhang mit der Ombudsperson und der Datenschutzaufsicht (Art. 20 Abs. 3 GRSR).</p> <p>Im Gegensatz zur heutigen Regelung (vgl. die bisherigen Abs. 2 und 5) werden die einzelnen Kommissionen nicht mehr namentlich genannt. Die neue Bestimmung erwähnt weder die bestehende konkrete Aufsichtskommission noch einzelne vorberatende Kommissionen oder Kategorien von solchen (Sachkommissionen). Diese Frage betrifft die interne Organisation des Stadtrats. Der Rat soll deshalb selbst entscheiden, welche Kommissionen er für die Aufsicht und die Vorbereitung der Ratsgeschäfte einsetzen will. Der neue Art. 71 Abs. 1 Bst. a sieht nur noch vor, dass für die Aufsicht ständige Kommissionen einzusetzen sind, überlässt es aber ausdrücklich dem Stadtrat zu entscheiden, ob er dafür eine einzige Kommission oder zwei oder gar mehr Kommissionen einsetzen</p>

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
			<p>will und wie die „Aufgabenteilung“ unter verschiedenen Kommissionen aussehen soll. Diese Punkte werden im GRSR zu regeln sein.</p> <p>Auch die Pflicht zur Zusammenarbeit (heutiger Abs. 4) und die Möglichkeit von Ausschüssen (heutiger Abs. 5) werden nicht mehr explizit geregelt. Diese Einzelheiten regelt richtigerweise der Stadtrat im GRSR (Abs. 2 Bst. b und d). Absatz 2 Buchstabe d bringt immerhin den Grundsatz zum Ausdruck, dass die Kommissionen zusammenarbeiten sollen.</p> <p>Nach Absatz 2 Buchstabe a kann der Stadtrat für ständige Kommissionen an Stelle einer festen Mitgliederzahl auch nur einen Rahmen vorsehen, wenn das Bedürfnis nach entsprechender Flexibilität besteht. Diese Möglichkeit ist nach Artikel 28 Absatz 2 des Gemeindegesetzes zulässig. Buchstabe b entspricht der Anforderung nach Artikel 30 des Gemeindegesetzes, wonach die Voraussetzungen für die Delegation von Entscheidungsbefugnissen an Ausschüsse oder Mitglieder im Organisationsreglement zu regeln sind.</p> <p>Nach Absatz 2 Buchstabe c soll der Stadtrat auch die Möglichkeit der Kommissionen, parlamentarische Vorstösse einzureichen, regeln. Damit werden Bestimmungen in der GO selbst, wie sie heute in Art. 72 Abs. 4, 72e Abs. 4 und 74 Abs. 5 bestehen, überflüssig.</p> <p>Die Möglichkeit der Einsetzung nichtständiger Kommissionen betrifft nur die vorbereitenden Kommissionen. Sie wird deshalb neu in Artikel 75 Absatz 3 erwähnt. Absatz 2 Buchstabe e erwähnt sie immerhin als möglicher Gegenstand einer Regelung im GRSR. Viel muss allerdings nicht geregelt werden, die gesetzliche Vorgabe in Art. 29 des Gemeindegesetzes genügt grundsätzlich.</p> <p>Die Variante „minimal“ beschränkt sich auf den Grundsatz, dass der Rat eine oder mehrere ständige Kommissionen für die Aufsicht sowie ständige oder allenfalls nichtständige Kommissionen für die</p>

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
			Vorberatung der Ratsgeschäfte einsetzt. Der Inhalt des 2. Absatzes gemäss der Variante „schlank“ wird nach der Variante „minimal“ in einen besonderen Artikel (Art. 73) aufgenommen.
Art. 72 Zusammensetzung ¹ Der Rat berücksichtigt bei der Wahl der Kommissionsmitglieder die Stärke der Parteien im Rat angemessen. ² Die Sitze aller ständigen vorberatenden Kommissionen werden zusammengezählt und den Fraktionen zugeteilt.		Art.77 Vertretung der Parteien ¹ Bei der Bestellung der Kommissionen ist auf die Stärke der Parteien im Rat angemessen Rücksicht zu nehmen. ² Die Sitze aller ständigen vorberatenden Kommissionen werden zusammengezählt und auf die Fraktionen verteilt.	<p>Artikel 72 nach der Variante „schlank“ entspricht dem bisherigen Artikel 77, ist aber unmittelbar nach der Grundsatzbestimmung in Artikel 71 aufgenommen. Die neue Systematik des 6. Abschnitts folgt der Grundidee, dass zunächst die Kommissionen als solche (Zusammensetzung, Amtsdauer), anschliessend die verschiedenen Kommissionen und ihre Aufgaben im Allgemeinen (vgl. Art. 74 und 75) und schliesslich die damit verbundenen Befugnisse (vgl. Art. 76 und 77) geregelt werden.</p> <p>Die Bestimmung ist redaktionell etwas anders gefasst. Sie enthält namentlich in Absatz 1 eine aktive Formulierung.</p> <p>Zu beachten ist, dass unabhängig von der stadt eigenen Regelung der gesetzliche Minderheitenschutz nach den Artikeln 38 ff. des Gemeindegesetzes gilt, wenn Kommissionsmitglieder im Majorzwahlverfahren gewählt werden.</p> <p>Die Variante „minimal“ verzichtet auf eine Bestimmung zur Zusammensetzung der Kommissionen in der GO. Entsprechende Bestimmungen im GRSR sind möglich, aber rechtlich nicht zwingend. Auch in diesem Fall gilt aber auf jeden Fall der gesetzliche Minderheitenschutz (Art. 38 ff. Gemeindegesetz).</p>
Art. 73 Amtsdauer, Wiederwahl ¹ Die Amtsdauer der Mitglieder der ständigen Kommissionen beträgt vier Jahre. ² Die Wiederwahl für eine weitere Amtsdauer ist möglich.		Art. 78 Amtsdauer ¹ Die Amtsdauer der Mitglieder der ständigen vorberatenden Kommissionen beträgt vier Jahre. Bei Neuwahlen während des Kalenderjahrs wird dieses nicht angerechnet.	Die Regelung der Amtsdauer nach der Variante „schlank“ entspricht materiell dem geltenden Recht, wird aber wie Artikel 72 teilweise redaktionell neu gefasst. Der Titel bringt neu zum Ausdruck, dass der neue Artikel 73 in Absatz 2 auch die Wiederwahl (und damit eine Amtszeitbeschränkung) regelt.

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
		² Eine Wiederwahl ist für eine Amtsdauer möglich.	<p>Absatz 1 spricht generell von Kommissionen und nicht nur von vorberatenden Kommissionen, weil die Kommissionen mit Aufsichtsfunktion kaum noch als solche bezeichnet werden können (vgl. Erläuterungen zu Art. 71). Der zweite Satz in Absatz 1 ist gestrichen, weil nicht auf Anhieb ersichtlich ist, was er besagen soll. Er könnte, aber selbstverständlich wieder aufgenommen werden, wenn dies gewünscht ist.</p> <p>Die Variante „minimal“ verzichtet auf eine Regelung der Amtsdauer in der GO. Diese wird, als Teil der Organisation der Kommissionen, im GRSR zu regeln sein (vgl. Art. 73 Abs. 2 Bst. a der Variante „minimal“).</p>
<p>Art. 74 Aufsichtskommissionen</p> <p>¹ Der Stadtrat setzt für die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Gemeinderats und der Verwaltung sowie der städtischen Anstalten eine oder mehrere Kommissionen ein.</p> <p>² Die Kommissionen prüfen, ob die beaufsichtigten Stellen ihre Aufgaben recht- und ordnungsmässig erfüllen.</p> <p>³ Sie berichten dem Rat über das Ergebnis ihrer Prüfungen und stellen die erforderlichen Anträge.</p> <p>⁴ Der Rat kann den Kommissionen weitere Aufgaben, namentlich die Vorberatung von Geschäften, zuweisen.</p>	<p>Art. 72 Aufsichtskommissionen</p> <p>¹ Die für die Aufsicht eingesetzten Kommissionen führen die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Gemeinderats und der Verwaltung sowie der städtischen Anstalten.</p> <p>² Der Rat kann den Kommissionen weitere Aufgaben zuweisen.</p>	<p>Art. 72 Aufsichtskommission</p> <p>¹ Die Aufsichtskommission besteht aus elf Mitgliedern.</p> <p>² Sie prüft und berät alle Geschäfte, die nicht einer anderen vorberatenden Kommission zugewiesen sind.</p> <p>³ Sie überwacht die Geschäftsführung der Verwaltung und der städtischen Anstalten auf Ordnungs- und Rechtmässigkeit (Verwaltungskontrolle), ohne dass sie deren Verfügungen und Anordnungen aufheben oder ändern kann.</p> <p>⁴ Sie kann parlamentarische Vorstösse im Sinn der Artikel 59 ff. einreichen.</p>	<p>Aufsichtskommissionen im Sinn von Art. 74 sind diejenigen Kommissionen, die im Auftrag des Stadtrats die Oberaufsicht über den Gemeinderat, die Verwaltung und die städtischen Anstalten ausüben. Welche Kommissionen diese Funktionen wahrnehmen, soll neu nicht mehr in der GO selbst, sondern im GRSR festgelegt werden. Politisch wichtig erscheint der Grundsatz, dass der Stadtrat für die Oberaufsicht eine oder mehrere Kommissionen mit entsprechenden Befugnissen einsetzt. Welchen Kommissionen diese Aufgabe obliegen soll, wird aber richtigerweise dem Stadtrat überlassen (vgl. auch Erläuterungen zu Art. 71 und 75).</p> <p>Die Regelung nach der Variante „schlank“ entspricht, abgesehen davon, dass nicht eine konkrete Kommission geregelt wird, materiell grundsätzlich dem bisherigen Recht. Sie ist aber etwas differenzierter formuliert und bringt namentlich zum Ausdruck, dass die Aufsichtskommissionen Aufgaben im Bereich der parlamentarischen Oberaufsicht (vgl. Art. 56) und nicht etwa der verwaltungsinternen Dienst- oder Organisationsaufsicht wahrnehmen. Absatz 3 sieht neu ausdrücklich vor, dass sie dem Stadtrat über das Ergebnis berichten und die nötigen Anträge stellen.</p>

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
			<p>Aus dem Begriff der Oberaufsicht ergibt sich, dass Aufsichtskommissionen keine Verfügungen oder andere Anordnungen der beaufsichtigten Stellen aufheben können. Auf einen entsprechenden Hinweis im Sinn des zweiten Teilsatzes im heutigen Artikel 72 Absatz 3 kann deshalb verzichtet werden, zumal dieser Grundsatz bereits in Artikel 56 Absatz 3 generell für den Stadtrat und damit auch für die stadträtlichen Kommissionen festgehalten ist.</p> <p>Die heute in Absatz 2 erwähnte Aufgabe der Vorberatung wird Aufsichtskommissionen nicht mehr durch die GO zugewiesen. Der Stadtrat kann ihnen solche Aufgaben aber nach wie vor zuweisen, wenn das Bedürfnis dazu besteht (Abs. 4, vgl. auch Art. 71 Abs. 2 Bst. a).</p> <p>Im Interesse einer stufengerechten Regelung ebenfalls nicht mehr in der GO geregelt sind die Mitgliederzahl der Kommissionen (bisheriger Abs. 1) und das Recht, parlamentarische Vorstösse einzureichen (bisheriger Abs. 4). Auch diese Interna regelt richtigerweise der Stadtrat im GRSR (Art. 71 Abs. 2 Bst. a und c).</p> <p>Die Variante „minimal“ beschränkt sich auf die Umschreibung der Aufgaben im Allgemeinen und die Möglichkeit, dass der Stadtrat Aufsichtskommissionen weitere Aufgaben übertragen kann. Die Mitgliederzahl wird, als Teil der Organisation der Kommissionen, im GRSR zu regeln sein (vgl. Art. 73 Abs. 2 Bst. a der Variante „minimal“). Das GRSR wird, soweit erforderlich oder angezeigt, auch nähere Vorgaben zur Art und Weise der Prüfung und zur Berichterstattung an den Rat im Sinn der Absätze 2 und 3 nach der Variante „schlank“ zu regeln haben.</p>
Art. 75 Vorberatende Kommissionen	Art. 73 Ausführungsbestimmungen	Art. 71 Grundsätze ¹ Für die Vorbereitung der Ratsgeschäfte und für weitere Aufgaben bestellt der Rat aus seiner	Eine wichtige Neuerung nach der Variante „schlank“ ist die knappe Regelung der vorberatenden Kommissionen. Artikel 75 umschreibt deren

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
<p>¹ Die vorberatenden Kommissionen bereiten die Ratsgeschäfte vor und stellen dem Rat Antrag.</p> <p>² Der Rat setzt für wichtige Sachbereiche ständige vorberatende Kommissionen ein.</p> <p>³ Er kann für die Vorbereitung besonderer Geschäfte durch einfachen Beschluss nichtständige Kommissionen einsetzen.</p>	<p>¹ Der Rat regelt die Einzelheiten zu den Kommissionen in der Geschäftsordnung.</p> <p>² Er regelt darin namentlich</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Mitgliederzahl oder deren Rahmen, die Zuständigkeiten und die Organisation der ständigen Kommissionen; b. die Möglichkeit der Kommissionen, Ausschüssen oder einzelnen Kommissionsmitgliedern selbständige Entscheidungsbefugnisse zu übertragen; c. die Informations- und Einsichtsrechte und das weitere Zusammenwirken mit dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung. 	<p>Mitte ständige und nichtständige Kommissionen.</p> <p>² Ständige vorberatende Kommissionen sind die Aufsichtskommission, die Sachkommissionen, die Agglomerationskommission und die Finanzdelegation.</p> <p>³ Der Rat kann nach Bedarf für bestimmte Geschäfte nichtständige Kommissionen einsetzen.</p> <p>⁴ Die Kommissionen sind zur Zusammenarbeit verpflichtet und unterstützen sich gegenseitig in ihrer Arbeit.</p> <p>⁵ Die Aufsichtskommission, die Sachkommissionen und die Agglomerationskommission können Ausschüsse bilden.</p> <p>⁶ Die Geschäftsordnung des Stadtrats regelt die Einzelheiten.</p> <p>Art. 72c Finanzdelegation</p> <p>¹ Die Finanzdelegation besteht aus je drei Mitgliedern der Sachkommissionen und trifft sich unter der Leitung des Stadtratspräsidiums mindestens zweimal jährlich.</p> <p>² Der Stadtrat wählt jeweils bis spätestens Mitte Februar auf Vorschlag der Sachkommissionen die Mitglieder der Finanzdelegation</p> <p>Art. 72d Aufgaben</p> <p>¹ Die Finanzdelegation prüft im Sinn einer Gesamtbeurteilung das Produktgruppen-Budget, den Jahresbericht des Gemeinderats und diskutiert den Inte-</p>	<p>Aufgaben nur noch in allgemeiner Weise und enthält keine Vorgaben zum Bestand und zur Grösse der Kommissionen sowie zu den Aufgaben, welche die einzelnen Kommissionen wahrzunehmen haben. Die Bestimmung verzichtet namentlich auf eine Unterscheidung zwischen Finanzdelegation, Agglomerationskommission und Sachkommissionen. Diese Begriffe erscheinen auch nicht vollständig unproblematisch. Die Finanzdelegation ist ebenfalls eine Kommission im gemeinderechtlichen Sinn. Die Agglomerationskommission beschäftigt sich nicht nur mit Fragen der Agglomerationspolitik, sondern auch und möglicherweise vor allem mit Geschäften der Regionalkonferenz (bisheriger Art. 72e Abs. 3), d.h. mit Fragen der Regionalpolitik. Beide Kommissionen könnten zudem an sich sehr wohl auch als Sachkommissionen bezeichnet werden.</p> <p>Wie unter anderem die Teilrevisionen der GO von 2003, 2009 und 2013 gezeigt haben, kann sich verhältnismässig rasch ein Bedürfnis nach einer Anpassung detaillierter Bestimmungen über den Bestand, die Zusammensetzung oder die konkreten Aufgaben der einzelnen vorberatenden Kommissionen ergeben. Ein solches Bedürfnis dürfte sich kaum in der „Politik“, sondern in erster Linie aus der konkreten Arbeit des Stadtrats ergeben. So kann es beispielsweise für Fragen der Agglomerations- oder Regionalpolitik durchaus von politischer Bedeutung sein, ob der Gemeinderat oder der Stadtrat über ein Behördenreferendum oder eine Behördeninitiative zu Geschäften der Regionalkonferenz entscheidet (vgl. Art. 58a). Welche Kommission solche Geschäfte zuhanden des Stadtrats vorbereitet, ist aber kaum von grossem Interesse für die Stimmberechtigten.</p> <p>Artikel 75 enthält in Absatz 1 zunächst eine allgemein gehaltene Grundsatzbestimmung über die Aufgaben der vorberatenden Kommissionen und schreibt in Absatz 2 – als Grundsatz – vor, dass</p>

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
		<p>grierten Aufgaben- und Finanzplan sowie die Berichte der externen Revisionsstelle. Sie beurteilt dabei insbesondere die finanzielle Tragbarkeit und die Auswirkungen auf den Gemeindefinanzhaushalt. Sie nimmt die weiteren ihre obliegenden Aufgaben im Rahmen der Ergebnisprüfung nach Artikel 135b Absatz 4 wahr.</p> <p>² Sie berücksichtigt die Ergebnisse der Prüfung durch die Sachkommissionen.</p> <p>³ Sie stellt dem Stadtrat ihre Anträge.</p> <p>Art. 72e Agglomerationskommission</p> <p>¹ Die Agglomerationskommission besteht aus elf Mitgliedern.</p> <p>² Die Agglomerationskommission prüft alle Geschäfte, welche die Agglomerationspolitik der Stadt betreffen. Insbesondere setzt sie sich ins Bild über kantonale und ausserkantonale Agglomerationsprojekte und über die entsprechenden Aktivitäten des Bundes.</p> <p>³ Sie ist vorberatende und antragstellende Kommission, soweit der Stadtrat mit Geschäften der Regionalkonferenz und ihren Teilkonferenzen befasst ist.</p> <p>⁴ Sie kann parlamentarische Vorstösse im Sinn der Artikel 59 ff. einreichen.</p> <p>⁵ Das Geschäftsreglement des Stadtrats weist der Kommission</p>	<p>der Stadtrat für wichtige, aber in der GO nicht näher umschriebene Sachbereiche ständige Kommissionen einsetzt.</p> <p>Mit der neuen offenen Bestimmung wird die Regelung des Bestands der einzelnen Kommissionen und der konkreten „Aufgabenteilung“ unter den Kommissionen stufengerecht dem Stadtrat überlassen. Dies gilt ebenso für die Frage, welche Kommissionen dem Stadtrat parlamentarische Vorstösse unterbreiten können (vgl. die bisherigen Art. 72 Abs. 4, 72e Abs. 4 und 74 Abs. 5). Der Stadtrat wird diese Punkte im GRSR zu regeln haben (Art. 71 Abs. 2 Bst. a und c).</p> <p>Absatz 3 sieht vor, dass der Stadtrat für die Vorbereitung besonderer Geschäfte – beispielsweise für solche, die nicht in den Zuständigkeitsbereich einer ständigen vorberatenden Kommission fallen oder eine solche Kommission über Gebühr beanspruchen würden – nichtständige Kommissionen einsetzen kann. Die Regelung entspricht materiell dem bisherigen Artikel 71 Absatz 1 und Artikel 76 Absatz 1.</p> <p>Der bisherige Artikel 76 Absatz 2 enthält eine Detailbestimmung, die kaum „GO-würdig“ ist und stufengerecht allenfalls in das GRSR aufzunehmen wäre.</p> <p>Die Variante „minimal“ verzichtet auf eine besondere Regelung der vorberatenden Kommissionen. Sie enthält im Anschluss an die Grundsatzbestimmung in Artikel 71 und die knappe Regelung der Aufsichtskommissionen in Artikel 72 nur noch eine Delegationsnorm, mit welcher der Stadtrat beauftragt wird, die Einzelheiten zu den Kommissionen im GRSR zu regeln. Eine Regelung im GRSR genügt den rechtlichen Anforderungen an die gesetzliche Grundlage.</p> <p>Nach dem Grundsatz in Absatz 1 umreisst Absatz 2 beispielhaft („namentlich“) und damit nicht abschliessend, was der Stadtrat regeln soll. Buch-</p>

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
		<p>weitere Aufgaben in ihrem spezifischen Zuständigkeitsbereich zu und regelt die Einzelheiten.</p> <p>Art. 74 Sachkommissionen</p> <p>¹ Es bestehen drei Sachkommissionen mit je elf Mitgliedern.</p> <p>² Die Geschäftsordnung des Stadtrats bestimmt, für welche Direktionen oder Dienststellen die einzelnen Sachkommissionen zuständig sind.</p> <p>³ Die Sachkommissionen prüfen, soweit die ihnen zugewiesenen Direktionen oder Dienststellen betroffen sind, zuhanden des Stadtrats das Produktgruppen-Budget und den Jahresbericht und leiten das Ergebnis der Prüfung an die Finanzdelegation weiter. Sie stellen dem Stadtrat ihre Anträge. Sie diskutieren den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan.</p> <p>⁴ Sie begleiten im Sinne eines politischen Controllings die ihnen zugewiesenen Direktionen oder Dienststellen, behandeln deren weitere Stadtratsgeschäfte und stellen dem Stadtrat ihre Anträge. Vorbehalten bleiben die Zuständigkeiten der Aufsichtskommission nach Artikel 72.</p> <p>⁵ Sie können parlamentarische Vorstösse im Sinn der Artikel 59 ff. einreichen.</p> <p>Art. 76 Nichtständige Kommissionen</p> <p>¹ Setzt der Rat für die Prüfung, Beratung oder Untersuchung eines bestimmten Geschäfts eine</p>	<p>stabe a entspricht im Wesentlichen der gesetzlichen Vorgabe in Artikel 28 des Gemeindegesetzes. Buchstabe b enthält, entsprechend Artikel 30 des Gemeindegesetzes, fest, dass die Möglichkeit der Delegation von Entscheidungsbefugnissen im GRSR zu regeln ist. Nach Buchstabe c werden die Informations- und Einsichtsrechte und das weitere Zusammenwirken mit dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung generell dem GRSR und damit dem Stadtrat überlassen. Diese Bestimmung entspricht der Regelung in der Kantons- und Bundesverfassung, wonach diese Befugnisse der Kommissionen durch das Gesetz zu regeln sind.</p>

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
		nichtständige Kommission ein, entscheidet er über ihre Grösse und erteilt ihr einen Auftrag. ² Die Mitglieder und das Präsidium werden für die Dauer des Auftrags gewählt. Nach Neuwahl des Stadtrats sind nichtständige Kommissionen, die weiter amten, soweit nötig zu ergänzen.	
<p>Art. 76 Informations- und Einsichtsrechte</p> <p>¹ Die Kommissionen und die durch eine Kommission eingesetzten Ausschüsse können im Rahmen ihrer Zuständigkeiten</p> <ol style="list-style-type: none"> vom Gemeinderat oder vom zuständigen Mitglied des Gemeinderats Berichte und andere Unterlagen zum Geschäft verlangen; weitere Akten einsehen, auf welche die vorgelegten Unterlagen Bezug nehmen; Besichtigungen durchführen und, im Einverständnis mit dem zuständigen Mitglied des Gemeinderats, Personen aus der Stadtverwaltung oder Mitarbeitende einer städtischen Anstalt zum Geschäft befragen. <p>² Der Gemeinderat entscheidet über die Herausgabe von Akten und die Entbindung vom Amtsgeheimnis, wenn eine Kommission Einsicht in Akten oder Auskünfte zu Angelegenheiten verlangt, die ihrer Natur nach oder</p>	<p>Art. 74-76 <i>aufgehoben</i></p>	<p>Art. 71a Informationsrechte</p> <p>Die Kommissionen und von ihnen beauftragte Ausschüsse können im Rahmen ihres Auftrages und unter Vorbehalt von Artikel 72b:</p> <ol style="list-style-type: none"> vom Gemeinderat oder vom zuständigen Mitglied des Gemeinderats Berichte und Unterlagen verlangen; die Akten einsehen, auf welche die vom Gemeinderat vorgelegten Beratungsunterlagen Bezug nehmen; im Einverständnis mit dem zuständigen Mitglied des Gemeinderats Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Stadtverwaltung zum Geschäft befragen; Besichtigungen vornehmen; aussenstehende Sachverständige zu Befragungen beziehen oder bei ihnen Gutachten in Auftrag geben und Vertreterinnen oder Vertreter interessierter Kreise anhören. <p>Art. 71b Amtsgeheimnis</p>	<p>Die Informations- und Einsichtsrechte der Kommissionen, insbesondere die Befugnis zur Einsicht in vertrauliche Akten, betreffen einen wichtigen Aspekt des Verhältnisses zwischen Legislative und Exekutive. Die dafür geltenden Grundsätze werden deshalb nach der Variante „schlank“ nach wie vor in der GO geregelt.</p> <p>Die geltende Regelung umfasst die allgemeinen Bestimmungen in Artikel 71a und 71b und die besonderen Vorschriften für die heutige Aufsichtskommission in Art. 72a und 72b. Sie erscheint allerdings nicht durchwegs kohärent. So haben Kommissionen und Ausschüsse nach Artikel 71a Buchstabe d generell und ohne Weiteres das Recht, Besichtigungen vorzunehmen. Nach Artikel 72a Absatz 2 soll dieses Recht der Aufsichtskommission demgegenüber nur nach vorgängiger Orientierung des zuständigen Mitglieds des Gemeinderats, d.h. nur unter dieser einschränkenden Voraussetzung, zustehen.</p> <p>Artikel 76 fasst die bisherigen Artikel 71a und 71b zusammen. Auf den Vorbehalt von Artikel 71b im heutigen Artikel 71a kann damit verzichtet werden. Der neue Randtitel bringt zum Ausdruck, dass die Regelung namentlich auch das Recht auf Einsicht in Akten der Stadtverwaltung oder von Anstalten betrifft.</p> <p>Absatz 1 entspricht materiell grundsätzlich dem bisherigen Artikel 71a, ist aber konzentrierter gefasst. Er beschränkt sich auf die wesentlichsten</p>

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
<p>nach besonderer Vorschrift geheim zu halten sind.</p> <p>³ Er kann an Stelle der Herausgabe von Akten einen besonderen Bericht erstatten, wenn dies zur Wahrung des Amtsgeheimnisses unerlässlich ist.</p>		<p>¹ Dem Amtsgeheimnis unterstehen Tatsachen, die zur Wahrung überwiegender öffentlicher oder privater Interessen, zum Schutz der Persönlichkeit oder aus Rücksicht auf ein hängiges Verfahren geheim zu halten oder vertraulich zu behandeln sind.</p> <p>² Mitglieder des Gemeinderats und Personen aus der Stadtverwaltung können für Befragungen durch die Kommissionen und ihre Ausschüsse nur durch den Gemeinderat von dem für sie geltenden Amtsgeheimnis entbunden und zur Herausgabe von Akten ermächtigt werden, die dem Amtsgeheimnis unterstehen. Vorbehalten bleibt Artikel 72b.</p> <p>³ Der Gemeinderat kann an Stelle der Herausgabe von Akten einen besonderen Bericht erstatten, wenn dies zur Wahrung eines Amtsgeheimnisses unerlässlich ist.</p> <p>⁴ Soweit Rats- und Kommissionsmitglieder sowie übrige Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Kommissionssitzungen Kenntnis von Äusserungen oder Akten erhalten, die dem Amtsgeheimnis unterstehen, sind sie ihrerseits daran gebunden</p>	<p>Punkte und erwähnt die Möglichkeit des Beizugs von Sachverständigen oder Gutachten und der Anhörung interessierter Kreise (bisheriger Art. 71a Bst. e und f) nicht mehr, weil dies eigentlich Selbstverständlichkeiten sind. Die Besichtigungen und die Befragungen sind neu zusammengefasst (Bst. c).</p> <p>Die Absätze 2 und 3 übernehmen, soweit angezeigt, grundsätzlich die bisherige Regelung in Artikel 71b, sind aber ebenfalls redaktionell anders und konzentrierter gefasst und verwenden im Gegensatz zum bisherigen Artikel 71b Absatz 2 beispielsweise auch eine aktive Formulierung. Eine materielle Änderung ist damit nicht verbunden.</p> <p>Absatz 2 fasst die bisherigen Absätze 1 und 2 von Artikel 71b zusammen und verzichtet auf die unklare Unterscheidung zwischen geheim und vertraulich zu behandelnden Tatsachen. Das Amtsgeheimnis wird entsprechend der Regelung in Artikel 58 Absatz 1 des kantonalen Personalgesetzes vom 16. September 2004 umschrieben.</p> <p>Absatz 3 entspricht dem bisherigen Artikel 71b Absatz 3. Auf die Wiedergabe auf den bisherigen Artikels 71b Absatz 4 kann verzichtet werden. Die Pflicht der Mitglieder des Stadtrats und damit auch der Mitglieder der stadträtlichen Kommissionen (vgl. Art. 71 Abs. 1: „aus seiner Mitte“) zur Verschwiegenheit ist bereits in Artikel 68 in allgemeiner Weise geregelt. Dass auch andere Personen, die Kenntnis von geheim zu haltenden Angelegenheiten erhalten, dem Amtsgeheimnis unterstehen, ergibt sich aus allgemeinen Regelungen zum Amtsgeheimnis und für Mitarbeitende beispielsweise auch aus Artikel 58 Absatz 1 des Personalgesetzes.</p> <p>Die Variante „minimal“ verzichtet auf eine besondere Regelung der Informations- und Einsichtsrechte in der GO. Sie überlässt diese Regelung dem Stadtrat (vgl. Art. 73 Abs. 2 Bst. c).</p>
		.	

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
<p>Art. 77 Besondere Befugnisse der Aufsichtskommissionen</p> <p>¹ Die mit der Aufsicht betrauten Kommissionen und durch diese eingesetzte Ausschüsse können im Rahmen der Oberaufsicht zusätzlich zu den Vorkehren gemäss Artikel 76 nach vorgängiger Orientierung des zuständigen Mitglieds des Gemeinderats Inspektionen in der Stadtverwaltung durchführen.</p> <p>² Sie oder durch sie eingesetzte Ausschüsse können überdies nach Anhören des Gemeinderats</p> <p>a. Mitglieder des Gemeinderats, Personen aus der Stadtverwaltung und Mitarbeitende städtischer Anstalt auch zu Angelegenheiten anhören, die dem Amtsgeheimnis unterstehen;</p> <p>b. Einsicht in Akten nehmen, die dem Amtsgeheimnis unterstehen, wenn der Gemeinderat einen Bericht nach Artikel 76 Absatz 3 vorgelegt hat.</p>	<p>Art. 77 aufgehoben</p>	<p>Art. 72a Aufsichtsrechtliche Befugnisse im Rahmen der Verwaltungskontrolle</p> <p>¹ ...</p> <p>² Die Aufsichtskommission kann im Rahmen der Verwaltungskontrolle überdies:</p> <p>a. beim Gemeinderat nach vorgängiger Orientierung des zuständigen Mitglieds des Gemeinderats in der Stadtverwaltung Inspektionen und Besichtigungen durch einen Kommissionsausschuss vornehmen und</p> <p>b. nach vorgängiger Orientierung des zuständigen Mitglieds des Gemeinderats jede Person aus der Stadtverwaltung selber oder durch einen Kommissionsausschuss anhören, auf ihr Verlangen ohne Beisein einer Vorgesetzten oder eines Mitglieds des Gemeinderats.</p> <p>³ Vorbehalten bleibt die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission.</p> <p>Art. 72b Entbindung vom Amtsgeheimnis</p> <p>Soweit es im Rahmen der Verwaltungskontrolle notwendig ist, kann die Aufsichtskommission oder ein von ihr beauftragter Ausschuss nach Vorliegen eines allfälligen Berichts gemäss Artikel 71b Absatz 3 und nach Anhören des Gemeinderats in die dem</p>	<p>Artikel 77 nach der Variante „schlank“ regelt die besonderen Befugnisse der Aufsichtskommissionen im Rahmen der Oberaufsicht. Diese Rechte stehen den Kommissionen nur zu, soweit sich tatsächlich Aufsichtsfunktionen wahrnehmen und nicht – was denkbar ist (Art. 74 Abs. 4) – als vorberatende Kommission tätig sind.</p> <p>Die Bestimmung umfasst die beiden bisherigen Artikel 72a und 72b. Sie ist systematisch und redaktionell einfacher und stringenter gefasst, entspricht aber materiell grundsätzlich der bisherigen Regelung.</p> <p>Nicht mehr erwähnt werden in Absatz 1 die Besichtigungen, weil bereits die allgemeine Bestimmung in Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe c solche vorsieht.</p> <p>Absatz 2 Buchstabe a verzichtet auf den expliziten Zusatz, dass die Kommissionen eine Person auf Verlangen ohne Beisein einer vorgesetzten Person oder eines Mitglieds des Gemeinderats befragen können (bisheriger Art. 72a Abs. 2 Bst. b). Dass diese Möglichkeit besteht, dürfte aufgrund des Normtextes selbstverständlich sein.</p> <p>Ebenfalls verzichtet wird auf den bisherigen expliziten Vorbehalt der Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Diese Möglichkeit besteht nach den Artikeln 81 ff. auf jeden Fall muss somit nicht besonders vorbehalten werden. Sie ändert grundsätzlich auch nichts an den Zuständigkeiten und Befugnissen der Aufsichtskommissionen.</p> <p>Nach der Variante „minimal“ ist auch diese Regelung dem GRSR und damit dem Stadtrat überlassen (vgl. Art. 73 Abs. 2 Bst. c).</p>

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
		Amtsgeheimnis unterstellten Akten Einsicht nehmen. Die Einsicht in solche Akten können die Behörden nicht mit dem Hinweis auf das Amtsgeheimnis verweigern.	
Art. 78 <i>aufgehoben</i>	Art. 78 <i>aufgehoben</i>		Die im bisherigen Artikel 78 geregelte Amtsdauer der Mitglieder ständiger Kommissionen ist Gegenstand des neuen Artikels 73 nach der Variante „schlank“. Die Variante „minimal“ regelt die Amtsdauer gar nicht mehr, sondern verweist sie in das GR SR (vgl. Art. 73 Abs. 2 Bst. a). Artikel 78 kann dementsprechend ersatzlos aufgehoben werden.
Art. 79 <i>aufgehoben</i>	Art. 79 <i>aufgehoben</i>	Art. 79 Präsidium Die Präsidentin oder der Präsident und die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident der ständigen vorberatenden Kommissionen werden vom Stadtrat für ein Kalenderjahr gewählt. Sie können im darauf folgenden Kalenderjahr nicht wiedergewählt werden.	Die Amtsdauer des Präsidiums betrifft die interne Organisation der ständigen Kommissionen. Sie wird richtigerweise stufengerecht im GR SR geregelt (Art. 71 Abs. 2 Bst. a). Auch Artikel 79 kann ersatzlos aufgehoben werden.
Art. 80 <i>aufgehoben</i>	Art. 80 <i>aufgehoben</i>	Art. 80 Gemeinderat und Dritte ¹ Das zuständige Mitglied des Gemeinderats oder seine Vertretung ist verpflichtet, an den Sitzungen der vorberatenden Kommissionen teilzunehmen. Den anderen Mitgliedern des Gemeinderats ist die Teilnahme freigestellt. Anwesende Mitglieder des Gemeinderats haben das Recht, Anträge zu stellen.	Die Pflicht oder das Recht der Mitglieder des Gemeinderats, an Kommissionssitzungen teilzunehmen, berührt zwar das „gewaltenübergreifende“ Verhältnis zwischen dem Stadtrat und der Exekutive, betrifft aber in erster Linie die Funktionsweise der Kommissionen und gehört kaum zu den Grundsätzen der Gemeindeorganisation im Sinn von Artikel 11 des Gemeindegesetzes. Es erscheint angezeigt, dass der Stadtrat diesen Punkt im GR SR regelt. Auch Artikel 80 kann ersatzlos aufgehoben werden.

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
		² In besonderen Fällen kann die Kommission beschliessen, ohne Vertretung des Gemeinderats zu verhandeln oder ihn von den Verhandlungen zu dispensieren.	
(...)	(...)	(...)	
10. Kapitel: Neue Stadtverwaltung Bern, Finanzhaushalt und Rechnungsprüfung	10. Kapitel: Neue Stadtverwaltung Bern, Finanzhaushalt und Rechnungsprüfung	10. Kapitel: Neue Stadtverwaltung Bern, Finanzhaushalt und Rechnungsprüfung	
(...)	(...)	(...)	
2. Abschnitt: Neue Stadtverwaltung Bern	2. Abschnitt: Neue Stadtverwaltung Bern	2. Abschnitt: Neue Stadtverwaltung Bern	
(...)	(...)	(...)	
Art. 135b Berichterstattung und Ergebnisprüfung ¹ Der Gemeinderat legt dem Stadtrat den Jahresbericht, bestehend aus der Produktgruppen-Rechnung und der Bilanz, zum Beschluss vor. ² Der Gemeinderat berichtet im Jahresbericht insbesondere über a. die Erfüllung der Ziele und der Steuerungsvorgaben, b. die Verwendung der Mittel und c. die Tätigkeit der Stadtverwaltung. ³ aufgehoben	Art. 135b Berichterstattung und Ergebnisprüfung ¹ Der Gemeinderat legt dem Stadtrat den Jahresbericht, bestehend aus der Produktgruppen-Rechnung und der Bilanz, zum Beschluss vor. ² Der Gemeinderat berichtet im Jahresbericht insbesondere über a. die Erfüllung der Ziele und der Steuerungsvorgaben, b. die Verwendung der Mittel und c. die Tätigkeit der Stadtverwaltung. ³ aufgehoben	Art. 135b Berichterstattung und Ergebnisprüfung ¹ Der Gemeinderat legt dem Stadtrat den Jahresbericht, bestehend aus der Produktgruppen-Rechnung und der Bilanz, zum Beschluss vor. ² Der Gemeinderat berichtet im Jahresbericht insbesondere über a. die Erfüllung der Ziele und der Steuerungsvorgaben, b. die Verwendung der Mittel und c. die Tätigkeit der Stadtverwaltung.	Regelt und umschreibt die GO die vorberatenden Kommissionen des Stadtrats im 6. Abschnitt des 5. Kapitels nur noch in allgemeiner Weise und verzichtet sie insbesondere auf eine Unterscheidung zwischen Sachkommissionen und der Finanzdelegation, ist auch in Artikel 135b auf diese Differenzierungen zu verzichten. Die Frage, welche Kommission welche Aufgaben im Bereich der Berichterstattung und Ergebnisprüfung wahrnimmt, betrifft die interne Organisation des Stadtrats. Sie wird deshalb stufengerecht im GR SR zu beantworten sein.

Vorschlag „schlank“	Vorschlag „minimal“	Regelung in geltender GO	Bemerkungen
⁴ Die zuständigen Kommissionen : a. prüfen den Jahresbericht ; b. nehmen Kenntnis vom Bericht des Rechnungsprüfungsorgans und von der Erfolgsrechnung nach Harmonisiertem Rechnungslegungsmodell 2.	⁴ Die zuständigen Kommissionen : a. prüfen den Jahresbericht ; b. nehmen Kenntnis vom Bericht des Rechnungsprüfungsorgans und von der Erfolgsrechnung nach Harmonisiertem Rechnungslegungsmodell 2.	³ Die Sachkommissionen prüfen den Jahresbericht im Rahmen von Artikel 74 Absatz 3. ⁴ Die Finanzdelegation: a. prüft den Jahresbericht im Rahmen von Artikel 72d Absatz 1 und 2; b. nimmt Kenntnis vom Bericht des Rechnungsprüfungsorgans und von der Erfolgsrechnung nach Harmonisiertem Rechnungslegungsmodell 2.	